

MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS  
Hauptverwaltung

Schruns, den 11.1.1973

Zl. 004-3  
Verhandlungsschrift

über die am MITTWOCH, den 10.1.1973, abends um 20.15 Uhr  
im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 22. öffentl.  
Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Isele Eugen als Vorsitzender,  
Vbgm. Wekerle Harald, die Gemeinderäte Hutter Josef,  
Schmidt Karl und Dügler Rudolf, sowie die Gemeindevertreter  
und Ersatzmänner Brugger Georg Vonbank  
Peter, Juen Franz Josef, Schreiber Jakob, Vonier  
Robert, Dr. Sander Hermann, Waldberg Johann und  
Dipl. Ing. Kieber Herbert für die ÖVP;  
Dipl. Ing. Jäger Karl Ludwig, Ganahl Edmund, Dkfm. Piske  
Jürgen, Mühlbacher Herbert und Mayer Robert für die  
Ortspartei Schruns;  
Bitschnau Werner und Kessler Emil für die SPÖ; und  
Prof. Fritz Josef für die FPÖ.

Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Zustellung der Einladung  
zur gegenständlichen Sitzung erfolgte den Bestimmungen des GG.  
entsprechend zeitgerecht.

Entschuldigt abwesend: GR. Erhart Ludwig, GV. Kieber Ludwig, GV.  
Schnitzer Ludwig, GV. Wachter Franz, GV. Gantner Christian und GV. Fiel  
Franz jr.

Vor Eingang in die Tagesordnung stellt GV. Prof. Fritz einen Antrag  
auf Erweiterung der Tagesordnung gemäss § 36 (3)GG. Es möge als  
Tagesordnungspunkt 2) "Beschlussfassung über die Durchführung einer  
Volksabstimmung zum Beschluss des Landtages über ein Landes-  
Bezügegesetz" aufgenommen werden.  
Dieser Antrag wird stimmenmehrheitlich (1 Gegenstimme Vbgm. Wekerle  
Harald) angenommen.

Erledigte  
TAGESORDNUNG:

1. Löwen-Projekt, Beteiligung; Gesellschaftsvertrag;
2. Durchführung einer Volksabstimmung über den Beschluss des  
Landtages über ein Landes-Bezügegesetz;

## BESCHLÜSSE:

Zu 1.) GV. Dkfm. Piske Jürgen erklärt anhand der vorliegenden Pläne und eines Modells das Projekt „Löwen - Areal“. Er weist eingangs darauf hin, dass das Modell im Verhältnis zu den umliegenden Gebäuden und nach den Planungen nicht maßstabgerecht ist. Das Projekt wird grundsätzlich durchbesprochen Detailfragen sollen von den zuständigen Unterausschüssen abgeklärt werden.

-2-

A) Im Mehrzweckgebäude ist vorgesehen:

a Obergeschoss Museum. Die lichte Höhe in der Mitte des Raumes beträgt 6,10 m, dies würde die Einplanung eines Zwischengeschosses (wie beim Kapell-Restaurant) erlauben.

b Mittelgeschoss: Verkehrsamt, Leseraum und abteilbar 1-2 Fernsehräume.

c Untergeschoss: Kultursaal mit 220 Sitzplätzen, ansteigender Zuschauerraum, entsprechende Bühne mit 2 Nebenräumen, Kassa, Garderobe, Lagerraum und öffentl. WC-Anlagen.

B) Der Hoteltrakt gliedert sich in verschiedene Ebenen:

Ebene 0: Tiefgarage und Heizanlage. (keine Debatte)

Ebene 1: Tiefgarage mit Treppe und Notausgang, Beckengrund des Hallenbades sowie halbstockversetzt die Umkleideräume (Damen) 2 Solarien, Sauna und die erforderlichen Nebenräume, Filter- und Klimaanlage. (keine Debatte)

Ebene 2: Schwimmbecken 12,50 x 25,00 m, Eingangshalle zum Bad, halbstockversetzt Umkleideräume (Herren), Schilager für Hotelgäste, Schiwerkstätte, Fitneß-Center (hotelintern) Lagerraum und Kühlräume, Personalräume, Wäscherei, Wäschelager, Leergutraum, Abfallraum, Hotelbar und Spielautomatensalon, WC-Anlagen für Hotelbar und Restaurationsbetrieb in Ebene 4 kleine Kioske (ca. 25 m<sup>2</sup>) oder 2 grössere Kioske, Tiefgarage und Einfahrt zu den Tiefgaragen, Supermarkt mit 1000 m<sup>2</sup>, Raum vorgesehen evtl. als Probelokal f. d. Harmoniemusik.

In der Debatte wird die Einplanung eines Sprungbrettes im Hallenbad wegen Belästigung und Verletzungsgefahr der Badegäste abgelehnt. Dabei wird auf gleichartige Hallenbäder verwiesen, in denen mit gleicher Begründung keine

Sprungmöglichkeiten errichtet wurden. Der Spielautomatensalon wird ebenfalls abgelehnt, dies vor allem aus pädagogischen Gründen. Der vorgesehene Raum für die Harmoniemusik wird als ungünstig erachtet, Rücksprache mit dem Obmann wird genommen<sup>0</sup> Bezüglich der Kioske wird angeregt, dass 2 grössere zur Ausführung kommen sollen. Es müßte versucht werden, den verkehrsbehindernden Kiosk am Bahnhofvorplatz nach hier zu verlegen.

Ebene 3: Hotel- und Restaurationseingänge, Hotelhalle, Restaurant und Küchenbereich, Konferenzraum (abteilbar), Musikpavillon. (keine Debatte)

-3-

Ebene 4: Bettengeschoss, 22 Zweibett- und 1 Einbettzimmer, lichtetes Ausmaß 4,75 x 75 m, Naßzelle, (Bad, WC. und Bidet) und Balkon. Großteil der Zimmer sonnseitig, 6 Appartements, (Wohnraum, Schlafräum, Naßzelle). (keine Debatte)

Ebene 5: Bettengeschoss wie Ebene 4, jedoch statt einem Appartement ein Kinderspielraum. (keine Debatte)

Ebene 6: Wegen der Dachschrägen nicht mehr voll nutzbar. 21 Zweibettzimmer, 1 Einbettzimmer, 2 Appartements. Zimmer größtenteils ohne Balkon, (für Chauffeure u. andere Angestellte d. Hotelgäste)

Ebene 7: Maschinenraum der beiden Personenaufzüge, 2 Wohneinheiten (Direktor - Hausmeister).

Eine Debatte ergibt sich bezügl. der Autoabstellplätze. Es wäre zu untersuchen, ob nicht ein weiteres Geschoss Tiefgaragen gebaut werden sollte. Es wird vor allem ein finanzielles Problem sein. Andererseits sollten die Autos auch nicht mehr als notwendig den Ortskern belasten. Die Baubehörde wird die für das Bauwerk erforderlichen Parkplätze vorschreiben. Grünflächen könnten noch als ungedeckte Parkplätze herangezogen werden, aber dann wäre der Sinn und Zweck der Gesamtanlage - Erweiterung des Ortskernes - verloren.

Anschliessend erläutert Dkfm. Piske Jürgen kurz die Finanzierungs- und Wirtschaftlichkeitsfrage. Entsprechende Unterlagen sind der Gemeindevertretung zugegangen. Zum Gutachten der Alpentreuhandgesellschaft bemerkt Dkfm. Piske, dass hier überhöhte Baukostensätze zugrunde gelegt wurden. Es werden Bedenken vorgebracht, ob ein Pächter zu finden sein wird, welcher die vorgesehenen 11\$ der anteiligen Baukosten des Hotelobjektes bezahlen kann. Bezügl. der Beteiligung der Marktgemeinde Schruns mit 26% wird angeregt, dass versucht werden sollte, diesen Prozentsatz durch Abgabe von Anteilen an einheimische Interessenten zu verringern.

Andererseits wird die Meinung vertreten, dass die Gemeinde an der Beteiligung von 20% festhalten soll, da im Rahmen des Gesamtprojektes öffentl. Einrichtungen (Anteil öffentl. Hallenbad, Tiefgaragenparkplätze, Musikpavillon etc.) geschaffen werden, welche im Pachtwege durch die Gemeinde refinanziert werden müssen und daher ein starkes Mitspracherecht beibehalten werden muß.

Abschliessend werden folgende Beschlüsse einstimmig gefaßt:

1. Über Antrag von Dipl. Ing. Jäger Karl Ludwig:  
Der Mehrzweckbau wird aus dem Gesamtkonzept heraus - gelöst und durch die Gemeinde selbst finanziert. Die Errichtung erfolgt auf den im Gemeindebesitz befindlichen Grundparzellen Nr. Bp. 182, Gp. 187 und Gp. 186. Da das Mehrzweckgebäude jedoch ein bedeutender Bestandteil des in einem Zuge zu realisierenden Gesamtverbauungskonzeptes („Löwen-Areal“) ist, wird die weitere

-4-

planliche und bautechnische Ausführung der Bauträgersgesellschaft namens der Marktgemeinde Schruns übertragen. Die vorgelegten Planunterlagen werden im grundsätzlichen genehmigt, alle Detailfragen sind jedoch in den zuständigen Unterausschüssen und Gremien der Gemeinde abzuklären. Die diesbezügl. Beschlüsse und Aufträge sind durch die Bauträgersgesellschaft auszuführen.

Die Marktgemeinde Schruns beteiligt sich an der Bauträgersgesellschaft u. CO. KG. mit 26%.

Dieser Beteiligungsbeschluss erfolgt auf Basis der vorliegenden Unterlagen und beinhaltet im wesentlichen:

a 26% des Gesellschaftskapitals v. S 20 Mio.  
= S 5.174.000.- mit einer Nachschusspflicht bei wesentlichen Baukostenüberschreitungen v. S 1.300.000.-- (= 25%).

b Die Gemeindebeteiligung erfolgt durch die Grundeinbringung der Gp. Nr. 191/1 mit 5.651 m<sup>2</sup> a S 915.-

c Der öffentl. Anteil zu Lasten der Gemeinde (Investitionen und Betriebskosten) am Hallenbad wird mit 60% festgelegt.

d Der Musikpavillon wird mit 100% öffentl. Anteil festgelegt.

e Die anteilige für öffentl. Zwecke erforderliche Grundfläche wird vereinbarungsgemäss von der Marktgemeinde Schruns im Wege einer Pachtvereinbarung der Bauträgergesellschaft vergütet.

f Die nach Vorschreibung durch die Baubehörde verbleibenden öffentl. Parkplätze von maximal 150 gehen zu Lasten der Gemeinde. Eine Beteiligung der Hochjochbahn ist aufgrund der bestehenden Vereinbarungen noch abzuklären. Die Frage einer Parkgebühr für die öffentl. Parkplätze ist von der Gemeinde noch zu entscheiden.

g Die durch die Gemeinde getätigten Vorleistungen (Grundsicherstellung Hotel Löwe) sind durch die Bauträgergesellschaft zur Gänze abzulösen.

h Den vorgelegten Gesellschaftsverträgen

a Planungsgesellschaft „Löwen“ (Gesellschaftskapital S 100.000.-)

b Bauträgergesellschaft u. CO. KG. (Gesellschaftskapital S 20 Mio.) wird zugestimmt.

### 3. Über Antrag des Vorsitzenden:

Für die Dauer der Bauausführung wird ein Ausschuss bestellt, welcher aus 2 Mitgliedern der ÖVP -Fraktion,

-5-

1 Mitglied der SPÖ-Fraktion und 1 Mitglied der FPÖ-Fraktion besteht. Diese Delegierten haben die Vollmacht, geringfügigen Vertragsabänderungen (z.B. Namensgebung für das Hotel, Beteiligungsprozente) zuzustimmen. Die Fraktion der Ortspartei verzichtet auf die Nominierung eines Delegierten, da der Vorsitzende des Aufsichtsrates und der Geschäftsführer der Hochjochbahn bereits in der Bauträgergesellschaft vertreten sind. Die Fraktionen werden ersucht, ihre Delegierten bis zum Wochenende namhaft zu machen.

Zu 2.) GV. Prof. Fritz Josef stellt den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, dass eine Volksabstimmung über das Landes-Bezügegesetz verlangt werde.

Er wendet sich nicht gegen die Neuregelung der Bezüge als solche, sondern nur gegen einzelne Bestimmungen des Gesetzes, die Bundes-, Landes- oder Gemeindebeamte als Politiker bevorzugen. Die vorgesehenen Erhöhungen bezeichnet er als zu kraß und gerade die gesetzgebenden Körperschaften müßten mit gutem Beispiel den Stabilisierungsbestrebungen vorangehen.

Vbgm. Wekerle entgegnet dazu, dass Vorarlberg immer noch niedriger in den Bezügen der Landespolitiker sei, als Wien und andere Bundesländer. Mit dieser Entlohnung wäre auch dem Freiberufler und Gewerbetreibenden ein

Anreiz gegeben, sich politisch zu betätigen. Es sei natürlich klar, dass eine solche Volksabstimmung nicht einzelne Teile des Gesetzes beanstanden könne, sondern das gesamte Gesetz zu Fall bringen müßte.

In der anschliessenden Abstimmung wird mit 18 Stimmen stimmenmehrheitlich dem Antrag stattgegeben. Gegenstimmen Bgm. Isele Eugen, Vbgm. Wekerle Harald und GV. Vonbank Peter.

Unter Allfälligem berichtet GV. Ganahl Edmund über die erfreuliche Entwicklung der Einnahmen des Eislaufplatzes und überreicht den Anwesenden einen Zwischenbericht über die Zeit v. 15.12.72 -10.1.73. Darin sind auch Anregungen zur Verbesserung des Eislaufbetriebes Enthalten.

GV. Brugger Georg beantragt die Abänderung der Kreuzungsinseln Bahnhofstrasse und Wagenweg in tropfförmige bzw. runde Inseln.

GV. Prof. Fritz Josef stellt noch eine Anfrage an den Vorsitzenden bezügl. der Neubesetzung der Gemeindefirststelle. Der Vorsitzende beantwortet dies dahingehend, dass die Stelle ausgeschrieben ist und die Bewerbungsgesuche bis 15.2.1973 einzubringen sind.

-6-

Über Antrag von GR. Dügler Rudolf wird in der Verhandlungsschrift über die 21. Öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung berichtend vermerkt, dass sich die SPÖ-Fraktion nur gegen die Vergabe des Raumplanungsauftrages, jedoch nicht gegen die Vergabe des Verkehrsplanungsauftrages ausgesprochen hat.

Im übrigen wird gegen die Verhandlungsschrift der vorausgegangenen Sitzung der Gemeindevertretung kein Einwand erhoben, sodass dieselbe als genehmigt erklärt wird.

Ende der Beratung: 0.15 Uhr  
Tag d. Verlautbarung: 11.1.1973

(Gde. Sekretär)  
M./

(Bürgermeister)

Zl. 004-3

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

=====  
über die am M I T T W O C H, den 10.1.1973, abends um 20,15 Uhr  
im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 22.öffentl.  
Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend : Bürgermeister Isele Eugen als Vorsitzender,  
Vbgm. Wekerle Harald, die Gemeinderäte Hutter Josef,  
Schmidt Karl und Düngler Rudolf, sowie die Gemeinde-  
vertreter und Ersatzmänner Brugger Georg, Vonbank  
Peter, Juen Franz Josef, Schreiber Jakob, Vonier  
Robert, Dr. Sander Hermann, Waldberg Johann und  
Dipl. Ing. Kieber Herbert für die ÖVP;  
Dipl. Ing. Jäger Karl Ludwig, Ganahl Edmund, Dkfm. Piske  
Jürgen, Mühlbacher Herbert und Mayer Robert für die  
Ortspartei Schruns;  
Bitschnau Werner und Kessler Emil für die SPÖ; und  
Prof. Fritz Josef für die FPÖ.  
Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Zustellung der Einladung  
zur gegenständlichen Sitzung erfolgte den Bestimmungen des GG. ent-  
sprechend zeitgerecht.

Entschuldigt abwesend : GR. Erhart Ludwig, GV. Kieber Ludwig, GV. Schnetzer  
Ludwig, GV. Wachter Franz, GV. Gantner Christian  
und GV. Fiel Franz jr.

Vor Eingang in die Tagesordnung stellt GV. Prof. Fritz einen Antrag  
auf Erweiterung der Tagesordnung gemäss § 36 (3) GG. Es möge als  
Tagesordnungspunkt 2) "Beschlussfassung über die Durchführung einer  
Volksabstimmung zum Beschluss des Landtages über ein Landes - Bezüge -  
gesetz " aufgenommen werden.

Dieser Antrag wird stimmenmehrheitlich (1 Gegenstimme Vbgm. Wekerle  
Harald) angenommen.

Erledigte

TAGESORDNUNG :

1. Löwen-Projekt, Beteiligung; Gesellschaftsvertrag;
2. Durchführung einer Volksabstimmung über den Beschluss des  
Landtages über ein Landes-Bezügegesetz;

B E S C H L Ü S S E :

Zu 1.) GV. Dkfm. Piske Jürgen erklärt anhand der vorliegenden Pläne  
und eines Modells das Projekt " Löwen - Areal ". Er weist  
eingangs darauf hin, dass das Modell im Verhältnis zu den  
umliegenden Gebäuden und nach den Planungen nicht maßstab -  
gerecht ist. Das Projekt wird grundsätzlich durchbesprochen,  
Detailfragen sollen von den zuständigen Unterausschüssen

abgeklärt werden.

A) Im Mehrzweckgebäude ist vorgesehen :

- a Obergeschoss Museum. Die lichte Höhe in der Mitte des Raumes beträgt 6,10 m, dies würde die Einplanung eines Zwischengeschosses (wie beim Kapell-Restaurant) erlauben.
- b Mittelgeschoss: Verkehrsamt, Leseraum und abteilbar 1-2 Fernsehräume.
- c Untergeschoss: Kultursaal mit 220 Sitzplätzen, ansteigender Zuschauerraum, entsprechende Bühne mit 3 Nebenräumen, Kassa, Garderobe, Lagerraum und öffentl. WC-Anlagen.

B) Der Hoteltrakt gliedert sich in verschiedene Ebenen :

- Ebene 0 : Tiefgarage und Heizanlage. (keine Debatte)
- Ebene 1 : Tiefgarage mit Treppe und Notausgang, Becken-Grund des Hallenbades, sowie halbstockversetzt die Umkleideräume (Damen) 2 Solarien, Sauna und die erforderlichen Nebenräume, Filter- und Klimaanlage. (keine Debatte)
- Ebene 2 : Schwimmbecken 12,50 x 25,00 m, Eingangshalle zum Bad, halbstockversetzt Umkleideräume (Herren), Schilager für Hotelgäste, Schiwerkstätte, Fitneß-Center (hotelintern) Lagerraum und Kühlräume, Personalräume, Wäscherei, Wäschelager, Leergutraum, Abfallraum, Hotelbar und Spielautomatensalon, WC-Anlagen für Hotelbar und Restaurationsbetrieb in Ebene 3, 4 kleine Kioske (ca. 25 m<sup>2</sup>) oder 2 grössere Kioske, Tiefgarage und Einfahrt zu den Tiefgaragen, Supermarkt mit 1000 m<sup>2</sup>, Raum vorgesehen evtl. als Probelokal f. d. Harmoniemusik.

In der Debatte wird die Einplanung eines Sprungbrettes im Hallenbad wegen Belästigung und Verletzungsgefahr der Badegäste abgelehnt. Dabei wird auf gleichartige Hallenbäder verwiesen, in denen mit gleicher Begründung keine Sprungmöglichkeiten errichtet wurden. Der Spielautomatensalon wird ebenfalls abgelehnt, dies vor allem aus pädagogischen Gründen. Der vorgesehene Raum für die Harmoniemusik wird als ungünstig erachtet, Rücksprache mit dem Obmann wird genommen. Bezüglich der Kioske wird angeregt, dass 2 grössere zur Ausführung kommen sollen. Es müßte versucht werden, den verkehrsbehindernden Kiosk am Bahnhofvorplatz nach hier zu verlegen.

- Ebene 3 : Hotel- und Restaurationseingänge, Hotelhalle, Restaurant und Küchenbereich, Konferenzraum (abteilbar), Musikpavillon. (keine Debatte)



- Ebene 4 : Bettengeschoss, 22 Zweibett- und 1 Einbettzimmer, lichtetes Ausmaß 4,75 x 3,75 m, Naßzelle, (Bad, WC. und Bidet) und Balkon. Großteil der Zimmer sonnseitig, 6 Appartements, (Wohnraum, Schlafrum, Naßzelle). (keine Debatte)
- Ebene 5 : Bettengeschoss wie Ebene 4, jedoch statt einem Appartement ein Kinderspielraum. (keine Debatte)
- Ebene 6 : Wegen der Dachschrägen nicht mehr voll nutzbar. 21 Zweibettzimmer, 1 Einbettzimmer, 2 Appartements. Zimmer größtenteils ohne Balkon. (für Chauffeure u. andere Angestellte d. Hotelgäste)
- Ebene 7 : Maschinenraum der beiden Personenaufzüge, 2 Wohneinheiten (Direktor - Hausmeister).

Eine Debatte ergibt sich bezügl. der Autoabstellplätze. Es wäre zu untersuchen, ob nicht ein weiteres Geschoss Tiefgaragen gebaut werden sollte. Es wird vor allem ein finanzielles Problem sein. Andererseits sollten die Autos auch nicht mehr als notwendig den Ortskern belasten. Die Baubehörde wird die für das Bauwerk erforderlichen Parkplätze vorschreiben. Grünflächen könnten noch als ungedeckte Parkplätze herangezogen werden, aber dann wäre der Sinn und Zweck der Gesamtanlage-Erweiterung des Ortskernes verloren.

Anschließend erläutert Dkfm. Piske Jürgen kurz die Finanzierungs- und Wirtschaftlichkeitsfrage. Entsprechende Unterlagen sind der Gemeindevertretung zugegangen. Zum Gutachten der Alpentreuhandgesellschaft bemerkt Dkfm. Piske, dass hier überhöhte Baukostensätze zugrunde gelegt wurden. Es werden Bedenken vorgebracht, ob ein Pächter zu finden sein wird, welcher die vorgesehenen 11% der anteiligen Baukosten des Hotelobjektes bezahlen kann. Bezügl. der Beteiligung der Marktgemeinde Schruns mit 26% wird angeregt, dass versucht werden sollte, diesen Prozentsatz durch Abgabe von Anteilen an einheimische Interessenten zu verringern. Andererseits wird die Meinung vertreten, dass die Gemeinde an der Beteiligung von 26% festhalten soll, da im Rahmen des Gesamtprojektes öffentl. Einrichtungen (Anteil öffentl. Hallenbad, Tiefgaragenparkplätze, Musikpavillon etc.) geschaffen werden, welche im Pachtwege durch die Gemeinde refinanziert werden müssen und daher ein starkes Mitspracherecht beibehalten werden muß.

Abschließend werden folgende Beschlüsse einstimmig gefaßt:

1. Über Antrag von Dipl. Ing. Jäger Karl Ludwig :  
Der Mehrzweckbau wird aus dem Gesamtkonzept herausgelöst und durch die Gemeinde selbst finanziert. Die Errichtung erfolgt auf den im Gemeindebesitz befindlichen Grundparzellen Nr. Bp. 182, Gp. 187 und Gp. 186. Da das Mehrzweckgebäude jedoch ein bedeutender Bestandteil des in einem Zuge zu realisierenden Gesamtverbauungskonzeptes ("Löwen-Areal") ist, wird die weitere

planliche und bautechnische Ausführung der Bauträgergesellschaft namens der Marktgemeinde Schruns übertragen. Die vorgelegten Planunterlagen werden im grundsätzlichen genehmigt, alle Detailfragen sind jedoch in den zuständigen Unterausschüssen und Gremien der Gemeinde abzuklären. Die diesbezügl. Beschlüsse und Aufträge sind durch die Bauträgergesellschaft auszuführen.

2. Die Marktgemeinde Schruns beteiligt sich an der Bauträgergesellschaft u.CO.KG.mit 26%. Dieser Beteiligungsbeschluss erfolgt auf Basis der vorliegenden Unterlagen und beinhaltet im wesentlichen:
  - a 26% des Gesellschaftskapitals v.S 20 Mio.  
= S 5,174.000.-- mit einer Nachschusspflicht bei wesentlichen Baukostenüberschreitungen v. S 1,300.000.-- (= 25%).
  - b Die Gemeindebeteiligung erfolgt durch die Grundeinbringung der Gp.Nr.191/1 mit 5,651 m<sup>2</sup> a S 915.--.
  - c Der öffentl.Anteil zu Lasten der Gemeinde (Investitionen und Betriebskosten) am Hallenbad wird mit 60% festgelegt.
  - d Der Musikpavillon wird mit 100% öffentl.Anteil festgelegt.
  - e Die anteilige für öffentl.Zwecke erforderliche Grundfläche wird vereinbarungsgemäss von der Marktgemeinde Schruns im Wege einer Pachtvereinbarung der Bauträgergesellschaft vergütet.
  - f Die nach Vorschreibung durch die Baubehörde verbleibenden öffentl.Parkplätze von maximal 150 gehen zu Lasten der Gemeinde. Eine Beteiligung der Hochjochbahn ist aufgrund der bestehenden Vereinbarungen noch abzuklären.Die Frage einer Parkgebühr für die öffentl.Parkplätze ist von der Gemeinde noch zu entscheiden.
  - g Die durch die Gemeinde getätigten Vorleistungen (Grundsicherstellung Hotel Löwe) sind durch die Bauträgergesellschaft zur Gänze abzulösen.
  - h Den vorgelegten Gesellschaftsverträgen
    - a Planungsgesellschaft " Löwen " (Gesellschaftskapital S 100,000.-- )
    - b Bauträgergesellschaft u.CO.KG.(Gesellschaftskapital S 20 Mio.) wird zugestimmt.
3. Über Antrag des Vorsitzenden :  
Für die Dauer der Bauausführung wird ein Ausschuss bestellt, welcher aus 2 Mitgliedern der ÖVP -Fraktion,

1 Mitglied der SPÖ-Fraktion und 1 Mitglied der FPÖ-Fraktion besteht. Diese Delegierten haben die Vollmacht, geringfügigen Vertragsabänderungen (z.B. Namensgebung für das Hotel, Beteiligungsprozente) zu - zustimmen. Die Fraktion der Ortspartei verzichtet auf die Nominierung eines Delegierten, da der Vorsitzende des Aufsichtsrates und der Geschäftsführer der Hoch - jochbahn bereits in der Bauträgersgesellschaft ver - treten sind. Die Fraktionen werden ersucht, ihre Delegierten bis zum Wochenende namhaft zu machen.

Zu 2.)

GV. Prof. Fritz Josef stellt den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, dass eine Volksabstimmung über das Landes-Bezügegesetz verlangt werde.

Er wendet sich nicht gegen die Neuregelung der Bezüge als solche, sondern nur gegen einzelne Bestimmungen des Gesetzes, die Bundes-Landes-oder Gemeindebeamte als Politiker bevorzugen. Die vorgesehenen Erhöhungen bezeichnet er als zu kraß und gerade die gesetz - gebenden Körperschaften müßten mit gutem Beispiel den Stabilisierungsbestrebungen vorangehen.

Vbgm. Wekerle entgegnet dazu, dass Vorarlberg immer noch niedriger in den Bezügen der Landespolitiker sei, als Wien und andere Bundesländer. Mit dieser Entlohnung wäre auch dem Freiberufler und Gewerbetreibenden ein Anreiz gegeben, sich politisch zu betätigen. Es sei natürlich klar, dass eine solche Volksabstimmung nicht einzelne Teile des Gesetzes beanstanden könne, sondern das gesamte Gesetz zu Fall bringen müßte.

In der anschliessenden Abstimmung wird mit 18 Stimmen stimmenmehrheitlich dem Antrag stattgegeben. Gegen - stimmen Bgm. Isele Eugen, Vbgm. Wekerle Harald und GV. Vonbank Peter.

Unter Allfälligem berichtet GV. Ganahl Edmund über die erfreuliche Entwicklung der Einnahmen des Eislaufplatzes und überreicht den Anwesenden einen Zwischenbericht über die Zeit v. 15.12.72 - 10.1.73. Darin sind auch Anregungen zur Verbesserung des Eislaufbetriebes enthalten.

GV. Brugger Georg beantragt die Abänderung der Kreuzunginseln Bahnhofstrasse und Wagenweg in tropfförmige bzw. runde Inseln. GV. Prof. Fritz Josef stellt noch eine Anfrage an den Vorsitzenden bezügl. der Neubesetzung der Gemeindefirststelle. Der Vorsitzende beantwortet dies dahingehend, dass die Stelle ausgeschrieben ist und die Bewerbungsgesuche bis 15.2.1973 einzubringen sind.

Über Antrag von GR.Düngler Rudolf wird in der Verhandlungsschrift über die 21.öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung berichtend vermerkt, dass sich die SPÖ-Fraktion nur gegen die Vergabe des Raumplanungsauftrages, jedoch nicht gegen die Vergabe des Verkehrsplanungsauftrages ausgesprochen hat.

Im übrigen wird gegen die Verhandlungsschrift der vorausgegangenen Sitzung der Gemeindevertretung kein Einwand erhoben, sodass dieselbe als genehmigt erklärt wird.

Ende der Beratung : 0,15 Uhr  
Tag d.Verlautbarung : 11.1.1973

Der Schriftführer :

*[Handwritten signature]*  
(Gde. Sekretär)

M./

Der Vorsitzende :

*[Handwritten signature]*  
(Bürgermeister)

